



So öffnete sich die Schweiz 1990 nach Osten

SDA/tsha

4.1.2021 - 16:43

Berlin am 10. November 1989: Nach dem Mauerfall änderte die Schweiz ihre Ostpolitik.

Bild: Keystone

Vor rund drei Jahrzehnten fielen die Berliner Mauer und der Eiserne Vorhang – Ereignisse, die sich auch auf die Schweizer Politik auswirkten.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der deutschen Wiedervereinigung hat sich die Schweizer Aussenpolitik 1990 zunehmend nach Osten geöffnet. Sie unterstützte den demokratischen Umbau namentlich in Polen und Ungarn.



Das lässt sich dem neuen Band der Diplomatischen Dokumente entnehmen, den die **Forschungsstelle Dodis** am Montag veröffentlicht hat. Nach dem epochalen Umbruch 1989 mit dem Fall der Mauer stand 1990 im Zeichen der europäischen Wende. Die Schweiz sah sich herausgefordert durch die Frage nach ihrer Neutralität, ihrer internationalen Rolle und der Integration in Europa, wie die Forschungsstelle schreibt.

International // Putins Spione – Russlands Auslandsgeheimdienst feiert 100 Jahre

Die Schwerpunktverlagerung der westeuropäischen Politik nach Osten spiegelte sich auch in den Staatsbesuchen. So kam der damalige polnische Präsident Wojciech Jaruzelski im Februar 1990 in die Schweiz. Im Herbst empfing der Bundesrat den letzten DDR-Regierungschef Lothar de Maizière und es kam zu einem Treffen mit Václav Havel, der Ikone der «Samtenen Revolution» in der Tschechoslowakei.

Hinterfragte Neutralität

Mit einem ersten Rahmenkredit über 250 Millionen Franken unterstützte die Schweiz die den Umbau in Osteuropa, vor allem in Polen und Ungarn. Bei der Anerkennung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen hielt sich die Schweiz aus Neutralitätsgründen zurück.

Die neue Weltlage mit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts stellte die Neutralität der Schweiz als Hort des Völkerrecht und aussenpolitische Maxime allerdings zunehmend in Frage. Die neutralen und nicht an ein Bündnis gebundenen Staaten wurden



vermehrt aus ihrer traditionellen Vermittlerrolle gedrängt.

Geste in Demut // Als Willy Brandt vor 50 Jahren auf seine Knie fiel

Der Uno-Beitritt Liechtensteins im September 1990 stellte den «Sonderfall Schweiz» in Frage. Die Schweiz leistete indessen in einer friedenssichernden Uno-Aktion in Namibia einen grösseren Einsatz in Namibia.

Streitthema EWR

«Pièce de résistance» in der Aussenpolitik bildete der Europäische Wirtschaftsraum (EWR). Diesen sahen die Bundesräte als einzige realistische Möglichkeit zur Teilnahme am europäischen Binnenmarkt. Die Verhandlungen liefen nicht optimal. Im Bundesrat herrschte gegen Jahresende eine gedrückte Stimmung.

Die damalige Europäische Gemeinschaft (EG) behandle die Schweiz «unerträglich» und das Land müsse den Mut haben, «Nein zu sagen», heisst es im Bericht. Andererseits drohe aber eine «kolossale Isolation». Der Beitritt zum EWR-Abkommen wurde 1992 in einer Volksabstimmung abgelehnt.

 FILE -- In this Monday, Feb. 25, 1991 file photo, an Iraqi soldier holds up the Quran and a white flag as he surrenders to Saudi and American forces inside Kuwait on. Large numbers of prisoners were taken from fortified Iraqi positions by the allied forces in this operation along the coast highway north of the Kuwait-Saudi Arabia border. In February 1991, after months of building an international coalition, U.S. forces entered Kuwait to end the Iraqi occupation of its smaller, oil-rich neighbor. (AP Photo/Laurent Rebours, File)

Irakische Soldaten ergeben sich 1991 in Kuwait: Der Golfkrieg beschäftigte auch die Schweizer Politik.

Bild: Keystone



Neben Europa beschäftigte sich die schweizerische Diplomatie mit dem Brennpunkt im Nahen Osten. «Die zwangsweise völkerrechtswidrige Annexion Kuwaits durch den Irak» anerkannte die Schweiz im Gleichklang zusammen mit der internationalen Staatengemeinschaft nicht an. Sie beteiligte sich zum ersten Mal überhaupt an Sanktionen der Uno. Die Besetzung Kuwaits führte im Januar 1991 zum ersten Irak-Krieg.

An den Wirtschaftsbeziehungen zum südafrikanische Apartheids-Regime hielt die Schweizer Regierung indessen trotz Uno-Sanktionen fest. Nelson Mandela hatte den damaligen Aussenminister René Felber vergeblich zu einem Anschluss an die Sanktionen gedrängt.

EDA als Aufklärer

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wandelte sich ebenfalls. Die internationalen Beziehungen wurden zunehmend weiter gefasst. Aussenminister Felber sah das EDA in der Rolle eines Aufklärers einer als ignorant wahrgenommenen Bevölkerung. Die Bevölkerung dürfe das Land nicht in seinen Grenzen sehen. Von der Rolle als Sonderfall müsse sie sich verabschieden.

Die Forschungsstelle Dodis arbeitet als unabhängige Instanz die Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik und der internationalen Beziehungen seit der Gründung des Bundesstaates 1848 auf.

